

Das Parlament steht in der Pflicht

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **174 (2008)**

Heft 11

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-71503>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Parlament steht in der Pflicht

Mit seltener Deutlichkeit demonstrierte das eidgenössische Parlament in der vergangenen Herbstsession seine Uneinigkeit in der Sicherheits- und Militärpolitik. Die Armeegeschäfte blieben zwischen den beiden Kammern hängen.

Die Debatte vom 1. Oktober 2008 mit den anschliessenden Abstimmungen über 28 Motionen und Postulate näherte die Pole einander nicht an sondern riss noch tiefere Gräben auf. Bei den Abstimmungen taten sich einmal Links und Rechts zusammen, dann Links und Mitte und danach Rechts und Mitte. Eine stringente Sicherheits- und Armeepolitik ist auf diese Weise nicht zu machen.

Armee in der Krise?

Es war den Parlamentariern der Mitte vorbehalten, den Mahnfinger zu erheben. «Die Armee funktioniert besser als das Parlament» hielt Nationalrat Walter Donzé fest, und «die Armee ist nicht in der Krise, die Krise entstand mit der Ablehnung des Rüstungsprogramms in diesem Saal» ergänzte Nationalrat Jakob Büchel.

Wer von einer Armee in der Krise spricht, verfällt einer ungerechten Pauschalisierung. Die Armee weiss, was sie zu tun hat. Während die Politiker sich mit Worten duellieren, erfüllen die Armeeangehörigen die von ihnen erwarteten Aufgaben und strafen mit ihrer ungebrochenen Motivation jene Lügen, die je nach politischem Standpunkt von einer Sinnkrise sprechen. Die Armee, getragen von der Miliz im Verbund mit dem Berufspersonal, funktioniert und geniesst in der Bevölkerung grosses Vertrauen.

Der neue sicherheitspolitische Bericht

Auf welchem Weg kann der Bundesrat eine gefestigte und nicht auf Zufällen basierende Mehrheit gewinnen? Die sicherheitspolitische Pattsituation ist längst nicht mehr nur das Problem des VBS und seines Chefs. Das Parlament blockiert sich selbst. Grosse Hoffnungen ruhen auf dem neuen sicherheitspolitischen Bericht, der in den nächsten Monaten erstellt wird. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat die Erarbeitung dieses Berichts schon seit langem gefordert. Er

muss Antworten geben auf die Art, die Intensität und die Wahrscheinlichkeit der Bedrohungen, denen unser Land ausgesetzt ist, und Lösungsansätze liefern, mit welchen Mitteln, Organisationen, Verantwortungen und Partnern diesen Bedrohungen begegnet werden kann. Dieser sicherheitspolitische Bericht darf nicht bloss eine Fortschreibung des Berichts aus dem Jahre 2000 sein. Vielmehr muss er unter Berücksichtigung der Ereignisse der Vergangenheit eine umfassende Analyse der heutigen und künftigen Bedrohungen und Risiken liefern. Diese Analyse soll das breit abgestützte Fundament bilden, auf dem die Armee von Politik und Verwaltung weiterentwickelt werden kann.

Armeepolitisches Hüst und Hott

Die Bundesverfassung von 1999 umschreibt die Aufträge der Armee, das Militärgesetz von 2003 übernimmt sie fast im Wortlaut. Ausgedeutet sind sie im Armeeleitbild XXI, das die Rolle eines Kommentars spielt. Für die Armee sind die verfassungsmässigen Aufträge durchaus klar. Entsprechend wurde die Armee XXI konzipiert und ab 2004 umgesetzt. Eine erste Anpassung erfuhr sie 2007 mit dem Entwicklungsschritt 08/11 aufgrund des anhaltenden Kostendrucks.

Die Armee ist die einzige strategische Sicherheitsreserve des Bundes, das Spektrum der zu erfüllenden Bedürfnisse wird umfassender und damit zur anspruchsvollen Herausforderung für jene, welche die vielseitigen Einsätze zu führen haben. Es erleichtert den Kommandanten die Aufgabe jedoch nicht, wenn die Politik die aktuelle Ausrichtung der Armee immer wieder hinterfragt und – die nötigen Mittel mit Ausreden verweigernd – Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses sät.

Erwartungen an Politik

Der Vorstand der Schweizerischen Offiziersgesellschaft appelliert an das

Parlament, das Rüstungsprogramm 08 in seiner Gesamtheit zu verabschieden. Er erinnert die Parlamentarier daran, dass Armeeeingehörige, die kraft Verfassung zum Dienst verpflichtet sind, einen Anspruch auf zeitgemässe Rüstungsgüter haben, um den Auftrag zu erfüllen, den die Politik ihnen vorgibt. Nur eine glaubwürdig gerüstete Armee kann einen Beitrag zu einer überzeugenden Sicherheitspolitik leisten.

Es darf nicht sein, dass die jährliche Behandlung des Rüstungsprogramms jedesmal zur Zitterpartie wird. Eine Armee ist ein komplexes System, das einer langfristigen Planung mit kontinuierlicher Umsetzung und angemessener Finanzierung bedarf. Das Rüstungsprogramm dient der Umsetzung jenes Armeekonzepts, das vom Volk 2003 genehmigt und 2007 vom Parlament mit dem Entwicklungsschritt 08/11 bestätigt und weiter geführt wurde. Ausrichtung, Entwicklung und Finanzierung der Armee können vom Parlament nicht jährlich und nach Belieben herumgerissen werden.

Schon gar nicht kann es angehen, dass eine Sachvorlage wie das Rüstungsprogramm für personalpolitische Ziele missbraucht wird. Die angedrohte und nun mit einer Allianz aus Links und Rechts realisierte Blockade aller Armeegeschäfte im Parlament, mit welcher gewisse Gruppierungen den Rücktritt des Chefs VBS erzwingen wollen, ist für die Schweizerische Offiziersgesellschaft inakzeptabel. Sie ruft die Parteien auf, sich ihrer Verantwortung für die Armee, ihre Angehörigen und die Sicherheit des Landes wieder bewusst zu werden und das Nötige zu unternehmen, um Bewegung in die erstarrten Fronten zu bringen und diese Blockade zu lösen. Gefordert ist aber auch der Chef VBS. Auch von ihm erwartet die Schweizerische Offiziersgesellschaft, dass er die nötige Flexibilität zeigt und zu Gunsten der übergeordneten Sache seinen Beitrag für eine tragfähige Armeepolitik leistet. ■